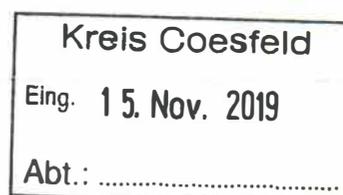


Friedensgruppen aus dem Kreis Coesfeld

Friedensinitiative Nottuln
Friedensfreunde Dülmen
Friedenskreis Senden
Friedenskreis an der Anne-Frank-Gesamtschule Havixbeck

Kreis Coesfeld
Landrat Dr. Pellengahr
Coesfeld



An den

Kreistag des Kreises Coesfeld
z.Hd. Herrn Landrat Dr. Pellengahr
Coesfeld

Kreis Coesfeld, den 1.11.2019

Bürgerantrag an den Kreistag des Kreises Coesfeld

ICAN¹ ruft alle Städte und Kreise dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien – auch in Deutschland - haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

Der Kreistag möge beschließen:

“Der Kreistag ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern in einem Schreiben die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

¹ ICAN Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN) und damit Mitglied eines globalen Bündnisses von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Begründung des Antrages

Seit diesem Jahr ist auch der Kreis Coesfeld Mitglied in dem Solidaritätsbündnis mit Hiroshima und Nagasaki mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen. Seitdem ist der Landrat „Landrat für den Frieden“, hat damit öffentlich erklärt, dass er sich mit dem Kreis für das Ziel der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen engagiert.

Die internationale Sicherheitslage spitzt sich zu – vor allem auch durch das Ende des INF-Vertrags. Ein neues Wettrüsten mit atomaren Waffen auch in Europa droht.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten und Kreise ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte und Kreise die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 noch nicht beigetreten. Das sollte sie schnellsten tun.

Für die Friedensgruppen im Kreis Coesfeld

Mit freundlichem Gruß